



--VERTRAULICH--

(Dieses Schriftstück wurde elektronisch übermittelt und ist im Original gezeichnet.)

I entfällt

II Politisch motivierte Kriminalität –links-

1 Sachverhalt

Für Samstag, den 31.03.2012, wird auf diversen Internetseiten für einen europaweiten Aktionstag unter dem Motto "M31- European Day of Action against Capitalism" geworben. In Frankfurt/Main, als Hauptveranstaltungsort in Deutschland, wurde eine Demonstration angemeldet. Diese richtet sich gegen die "autoritäre Krisenpolitik der Troika aus EU-Kommission, IWF und EZB" und wird durch linke Gruppen und Basisgewerkschaften organisiert.

2 Erkenntnisse

Nach Angaben der Kapitalismuskritiker/Organisatoren des "M31" soll ein deutliches Zeichen gegen "den maßgeblich von Deutschland betriebenen Versuch, die Wettbewerbsfähigkeit Europas auf dem kapitalistischen Weltmarkt auf dem Rücken von Lohnabhängigen und MigrantInnen zu sanieren" sowie gegen die "nationalistische Stimmungsmache gegen die Lohnabhängigen in den südeuropäischen Ländern und die militärische Abschottung der EU-Außengrenzen" gesetzt werden.

Am 31.03.2012 sollen in ganz Europa verschiedene Aktionen statt finden. Die zentrale Demonstration in Deutschland in Frankfurt/Main wurde durch einen „Vertreter“ der „Autonomen Antifa“ Frankfurt angemeldet.

Die Demonstration wird in der linken Szene als Auftakt zu weiteren Protesten im Laufe des Jahres gesehen. Ziel der bundesweiten Protestaktion soll die Stilllegung der Baustelle der Europäischen Zentralbank im Frankfurter Ostend sein.

Der angemeldete Beginn der Demonstration in Frankfurt/Main ist um 14.00 Uhr am Frankfurter Hauptbahnhof und führt über den Willy-Brandt-Platz weiter in Richtung Osten zur Baustelle des Neubaus der Europäischen Zentralbank. Die Abschlusskundgebung soll am nahegelegenen Danziger Platz stattfinden.

Am Freitag, dem 16.03.2012, wird ein Kooperationsgespräch zwischen dem Anmelde- und der Versammlungsbehörde / Polizei statt finden, durch welches es gegebenenfalls zu Veränderungen der angemeldeten Aufzugsstrecke kommen kann.

Aufgrund der bisherigen Mobilisierung und einer ersten Bewertung könnten sich bis zu 1.500 Personen - darunter auch gewaltbereite Demonstranten - am Aufzug beteiligen.